

Technologie

Philipp Müller: „Durch Government 2.0 verliert der Staat sein Monopol auf Erstellung des Gemeinwohls. Entziehen kann er sich dem nicht. Wenn er nicht mitmacht, machen die Bürger es allein“, erklärt der Direktor für Public Management und Governance an der Salzburg Business School.

Bürger machen Staat 2.0

Christian Stemberger

Bisher ist die Kommunikation zwischen Bürger und Staat größtenteils über die Massenmedien verlaufen. Die Technologie des Web 2.0 könnte die Weise, wie in Zukunft Verwaltung und Politik passieren wird, drastisch verändern. Der Bürger hat nun viel mehr Chancen, seine Meinung kundzutun. Denn im Web 2.0 kann jeder mit jedem kommunizieren. Nicht nur das, über offene Wertschöpfungsketten kann er auch immer öfter an Verwaltung und Politik andocken und mitarbeiten und -entscheiden.

Für den Staat bedeutet das einerseits viele helfende Hände für Aufgaben, die er sonst nur schwer finanzieren könnte. Andererseits verliert er aber an Macht, und der Bürger gewinnt an Einfluss.

economy: Herr Müller, was ist Government 2.0?

Philipp Müller: Zunächst einmal, was ist es nicht: Es ist nicht einfach der Bürgermeister, der sich schnell

einmal einen Account bei Facebook oder Twitter zulegt. Es ist viel mehr – es ist eine neue Form der Staatskunst, die den Bürger auf allen Ebenen miteinbezieht.

Wird das Web 2.0 unser Verständnis von Staatlichkeit verändern?

Das Web 2.0 krepelt unsere Lebenswelt vollkommen um. So müssen auch wir an den Universitäten uns fragen, inwiefern wir noch relevant sind, welche Bereiche wir in Zukunft dem Web 2.0 überlassen müssen, aber auch, wie wir das Web 2.0 zu unserem Vorteil nutzen können. Und genau diese Fragen müssen sich auch Politik und Verwaltung stellen. Den Staat wird es immer geben, die Frage ist: Wie viel Staat wird es in Zukunft geben?

Der Staat verliert also an Macht und Einfluss.

Staatlichkeit hat sich im Laufe der Menschheitsgeschichte immer wieder verändert – einmal war sie wichtiger, dann weniger. Am Ende des 20. Jahrhunderts haben wir einen Höhepunkt erreicht: Niemals zuvor hat der Staat so viel vom erwirtschafteten Bruttosozialprodukt ausgegeben. An diesem Punkt kommt es zu einer Zäsur, der Staat verliert sein Monopol auf die Erstellung der öffentlichen Wohlfahrt. Weil die Web 2.0-Technologie Zusammenarbeit im Internet auf so kostengünstige und einfache Weise ermöglicht, können das andere jetzt auch. Aber sehen wir es doch so: Es sollte ja nicht um Macht und Einfluss gehen, sondern wie wir maximalen öffentlichen Nutzen generieren können.

Wie soll der Staat reagieren?

Der Staat muss sich ein neues Selbstverständnis zulegen. Er sollte sich in Zukunft als Manager der offenen Wertschöpfungsketten ver-



Bürger wählt, Politiker entscheidet, Beamter setzt um, Bürger beklagt sich – Government 2.0 zerschlägt den unseligen Kreislauf. Foto: Bilderbox.com

stehen. Das ist übrigens auch eine sehr einflussreiche Rolle.

Was muss dieser Manager können?

Er muss seine Prozesse transparent strukturieren, damit sie nachvollziehbar sind. Er muss sicherstellen, dass die Bürger andocken können und sie zum Mitmachen animieren. Die Rolle des Animateurs ist eine sehr gewichtige Aufgabe. Denn je mehr Menschen teilnehmen, desto höher ist die Legitimität des Ergebnisses. Deswegen müssen wir es für den Bürger auch immer spannend machen, wenn wir eine Schnittstelle zu ihm öffnen.

Wie kann der Bürger zur Teilnahme angeregt werden?

Vielleicht braucht es eine Art Alphabetisierungskampagne, vielleicht sollten wir den Bürgern zeigen, wie sie die Neuen Medien sinnstiftend nutzen können. Andererseits – denken Sie nur an Projekte wie Wikipedia – zeigt das Internet als Gesamtheit seiner Nutzer eine hohe Fähigkeit zur Selbstorganisation und sehr, sehr viel Eigeninitiative. Vielleicht reicht es also auch, wenn der Staat die Entwick-

lung beobachtet und nur bei bedenklichen Auswüchsen eingreift.

Was passiert aber, wenn die Institutionen sich querlegen, wenn sie nur den Machtverlust sehen, der ihnen Government 2.0 bringt?

Government 2.0 funktioniert innerhalb der staatlichen Institutionen und außerhalb. Wenn die Institution nicht mitmachen will, dann machen es die Bürger eben allein, etwa als eine private Initiative, die in einer Stadt Straßenschäden dokumentiert. Damit wird diese Stadt im schlimmsten Fall eine Getriebene, die sich ständig ihre Versäumnisse vorwerfen lassen muss. Das ist keine echte Alternative zu kooperativem Handeln.

Die Langversion ...

... des Interviews, wo Philipp Müller über offene Wertschöpfungsketten am Beispiel von Crowd Sourcing und Bürgerbeteiligungshaushalten als auch über die Vertrauenskrise der Postmoderne und den Verlust der Privatsphäre im Web 2.0 spricht, finden Sie auf:

www.economy.at

Zur Person



Philipp Müller von der Universität Salzburg Business School (SMBS) forscht an den transformierenden Effekten von Informations- und Kommunikationstechnologien auf den Staat.

Foto: privat